

Kinderstadl e.V.

Erfahrungsaustausch über Inklusion Behinderter

Dass mehr Berührungspunkte, mehr Möglichkeiten zur Begegnung zwischen Menschen mit und ohne Beeinträchtigung geschaffen werden - das ist ein großer Wunsch vieler Eltern, deren Kinder mit Einschränkungen aller Art zurechtkommen müssen. Sehr deutlich wurde das an dem Informationsabend in der Obinger Grundschulaula, den der „Kinderstadl e.V.“ organisiert hatte. Dem Trägerverein des integrativen Kindergartens im Obinger Gemeindegebiet ging es vor allem darum zu erfahren, wie der weitere Lebensweg eines behinderten Kindes nach seiner Zeit im „Kinderstadl“-Kindergarten aussehen kann.

Denn inzwischen haben mehrere Generationen den „Kinderstadt“ hinter sich gelassen, die ersten sind schon erwachsen. Bei einem ersten Informationsabend im Frühjahr hatte der Verein Vertretern von Einrichtungen für die Ausbildung nach dem Kindergarten Gelegenheit zur Vorstellung gegeben, um die ganze Bandbreite der pädagogischen Möglichkeiten und Konzepte aufzuzeigen, mit denen ein Kind mit Behinderung befähigt werden kann, sein künftiges Leben zu meistern.



Die Expertenrunde (von links): Kinderstadt-Heilpädagogin Gerti Maier, Behindertenbeauftragter Thomas Breu, Sozialpädagogin Christine Alt-Gruber, Gaby Muthmann, Leiterin der AWO-Schulkinderbetreuung, Konrad Stemmer, Förderstättenleiter der Stiftung Attl, Christl Mrowczinski, stellvertretende Leiterin der Fachschule Altenhohenau, Kinder- und Jugendpsychologe Herbert Seitz, Maria Stettwieser und Marianne Fraitzl, Behindertenbeauftragte von Schnaitsee

Auch an diesem zweiten Informationsabend gab es eine Art Podium mit „Experten“ - allerdings auf einer Ebene mit dem Publikum, und der Obinger Behindertenbeauftragte Thomas Breu als Moderator stellte das Wechselspiel zwischen dieser Runde und der Zuhörerschaft her. Unter den Experten war die ehemalige Kinderstadt-Mutter Maria Stettwieser und vor der Runde mahnte die Obinger „Trau Di“, die im Rahmen der letztjährigen Oberbayerischen Kultur- und Jugendkulturtage geschaffene Skulptur, gemeinsam ins Zeitalter der Inklusion aufzubrechen. So kamen an diesem Abend verstärkt Eltern ehemaliger Kinderstadt-Kinder zu Wort, aber auch Eltern, die erst noch vor der Vielzahl von Entscheidungen stehen, um den richtigen Weg für ihre behinderten Kinder zu finden. Und die nahmen kein Blatt vor den Mund, berichteten von vielen Widerständen und bürokratischen Hindernissen, von der eigenen Erschöpfung und Resignation, die immer wieder überwunden werden muss. Das Recht auf Inklusion, beispielsweise auf die Aufnahme eines behinderten Kindes in die Regelschule vor Ort, müsse immer wieder neu erkämpft werden, obwohl es mit Hilfe eines Schulbegleiters durchaus möglich wäre: „Ständig befindet man sich in der Position des Bittstellers.“ Oft würden schon die räumlichen Gegebenheiten nicht passen; viel hinderlicher aber sei der Wust von unterschiedlichen Stellen, Formularen und Bestimmungen, denen sich die Eltern behinderter Kinder gegenübersehen, die das verfassungsmäßig verankerte Recht auf Inklusion einfordern wollten. Aus den Beiträgen vieler Eltern kristallisierte sich heraus, dass sie fachlich und juristisch kompetente Begleiter für diese Aufgabe bräuchten, z.B. die gemeindlichen Behindertenbeauftragten.

Doch es liegt nicht nur an den Institutionen, machten die Elternberichte deutlich. Die umgebende Gesellschaft muss sich ändern, wie es Thomas Breu formulierte. Gegen die vorherrschenden Berührungsängste im Umfeld von Behinderten helfe nur eines, brachte Maria Stettwieser vor: Begegnung zwischen Menschen ohne und mit Beeinträchtigung, schon in der Schule. So besuchten sich beispielsweise Schulklassen aus Regelschulen und Sondereinrichtungen in Traunreut.

Der Abend ließ viele Fragen offen - eine Fortsetzung wäre wohl wünschenswert. Doch brachte er die wichtige Erkenntnis, dass auf dem Weg in eine Gesellschaft, der die Verschiedenheit der Menschen selbstverständlich und willkommen ist, der Dialog zwischen allen Menschen gebraucht wird, Menschen mit mehr oder weniger Beeinträchtigung, Betroffenen und Betreuungspersonen, Bürgern, Gemeindeverwaltungen und staatlichen Institutionen.